

# Parlamentarier sind empört – und schlagen einen Strauss von Massnahmen vor

- 21.03.2023
- shn.ch / Schaffhauser Nachrichten Online

Die Fusion von UBS und Credit Suisse hat in der Schweizer Politik querbeet Empörung und Entsetzen ausgelöst. «Der Bundesrat hebt über Notrecht das Gesetz aus, enteignet die Anleger und verschärft mit der Konzentration der Risiken auf nur eine Bank das Too-big-to-fail-Problem», sagt der Schaffhauser Ständerat Hannes Germann (SVP). Der parteilose Ratskollege Thomas Minder aus Schaffhausen ergänzt: «Wie viele Male habe ich im Parlament gehört – von Ueli Maurer, von Eveline Widmer-Schlumpf –, dass die Banken jetzt besser kapitalisiert seien als 2008, dass man sie im Notfall geordnet abwickeln könne.» Dies habe sich nun als falsch erwiesen. Am Montag warfen Parteien und Politiker denn auch verschiedenste Ideen in die Politarena, wie auf die Bankenkrise zu reagieren sei.

Einigkeit besteht darüber, dass dieses Thema nach einer ausserordentlichen Session verlangt, die bereits im April stattfinden wird. Ebenfalls im Chor fordern die Exponenten verschiedenster Couleur, dass die Verantwortlichen bei der CS, vor allem auch Verwaltungsräte, zur Rechenschaft gezogen werden. Auch an der Tatsache, dass der Bundesrat wieder vom Notrecht Gebrauch machte, stören sich die Parlamentsmitglieder geschlossen. «Durch den Entscheid erpresst der Bundesrat die Aktionäre aber auch das Parlament», sagt Jürg Grossen, Parteipräsident der Grünliberalen. Das Parlament müsse dem Verpflichtungskredit im Nachhinein faktisch zustimmen, weil der Reputationsschaden für den Finanzplatz sonst zu gross sei.

Der Ständerat Thomas Minder aus Schaffhausen fordert sogar, dass das Parlament als höchste Instanz im Lande ebenfalls eine Form von Notrecht oder Notgesetz haben sollte. Linke fordert PUK Darüber, wie der Krise nun aber beizukommen ist, scheiden sich hingegen die Geister. Bereits am Sonntagabend forderte SP-Co-Präsident Cédric Wermuth, dass eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) den Ursachen dieses Desasters nachspüren solle. Die Grünen und Grünliberalen unterstützen das, die Bürgerlichen sind skeptischer. FDP und Mitte wollen sich noch nicht festlegen und mit diesem Entscheid bis zur ausserordentlichen Session warten.

Mitte-Ständerat Peter Hegglin, der Teil der Finanzdelegation war, die den Entscheid des Bundesrats absegnete, hinterfragt das Vorhaben: Die Geschäftsprüfungskommission und allenfalls die Wirtschaftskommission müssten zuerst prüfen, ob die richtigen Instrumente eingeführt worden seien. Es sei zudem fraglich, ob eine PUK private Firmen, die Schweizerische Nationalbank SNB oder die Finanzaufsicht Finma überhaupt untersuchen könne. Auch der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter ist dagegen wie seine Partei: «Mittels PUK Rezepte für die Zukunft zu finden, halte ich für zu aufwendig und wenig zielführend. Die Welt dreht zu schnell.» Stattdessen seien Strukturen gefragt, die eine offene Kritikkultur zulassen.

Fragliche Rolle der Finma Die Rolle der Finma löst ebenfalls Stirnrunzeln aus. «Grosse Fragezeichen wirft für mich die Nichttätigkeit der Finma auf. Sie hätte mit beherztem Einschreiten entweder die Rettung oder aber eine geordnete Abwicklung einleiten können», sagt Hannes Germann. Und die Schaffhauser SP-Nationalrätin Martina Munz kritisiert: «Ich nehme die Finma in die Pflicht, die es nicht geschafft hat, frühzeitig einzugreifen und die Regelungen anzuwenden, die wir im Rahmen der Too-Big-to-Fail-Debatte verlangt haben im Parlament. Falls diese Regelungen nicht griffig genug waren, hätte sie intervenieren müssen.

» «Die Finma ist ein zahnloser Tiger. Man muss ihr mehr Macht geben.» Jürg Grossen, Parteipräsident Grünliberale Die Grünliberalen fordern nun eine Stärkung der Finma. Präsident Jürg Grossen sagt: «Die Finma kann aktuell Sachen beurteilen, beanstanden und verlangen, aber nicht sanktionieren. Sie ist ein zahnloser Tiger.

Man muss ihre mehr Macht geben.» Bürgerliche Politiker sehen den Weg teilweise in anderer Richtung: «Wenn alle privaten Gesellschaften so klein sind, dass sie der Welt nicht schaden können, braucht es gar keine Regulierung mehr», sagt etwa Thomas Minder. Die UBS müsse zerschlagen werden. Auch die FDP fordert, dass die UBS in einer zweiten Phase das Schweizer Geschäft der CS abspalten oder in einer anderen Form selbstständig weiterführen solle. SVP-Nationalrat Hurter bringt eine andere Idee ins Spiel: «Man muss die Marktmacht der UBS reduzieren, allenfalls indem man die Kantonalbanken stärkt.

» Eigenkapitalquoten im Fokus Auf linker Seite rücken zudem die Eigenkapitalquoten wieder in den Fokus: «Damals 2009 hat die Finanzbranche bei der Regulierung wohl zu stark mitgeredet, gerade bezüglich Eigenkapitalquote», sagt Martina Munz. Zudem habe man bereits seit Jahren sehen können, dass die UBS ihre Hausaufgaben nach der Finanzkrise gemacht habe, während die CS Skandal um Skandal vorbeiziehen liess ohne eine sichtbare Kurskorrektur. «Es muss der Finanzmarktaufsicht möglich sein, in so einer Situation frühzeitig einzugreifen.» Auch das Wort Trennbanksystem taucht in der gegenwärtigen Diskussion wieder auf, bei dem Investmentbanking und Kundengeschäft getrennt würden. Die Parlamentsmitglieder warten also mit einem Strauss von Vorschlägen auf.

Ständerat Thomas Minder macht sich allerdings wenig Hoffnungen: «Es wird jetzt Hunderte von Vorstössen geben, aber am Ende hat das Parlament keinen Mut, das Problem wirklich zu lösen und die Finanzinstitute zu zerschlagen.»Die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS sorgt durch alle Parteien hinweg für rote Köpfe. Politikerinnen und Politiker zur CS-Übernahme Linke fordert PUK Fragliche Rolle der Finma Eigenkapitalquoten im Fokus «Wir befinden uns bereits in einer Finanzkrise» Ist dieser Artikel lesenswert? Artikel teilen Kommentare (0) Katrin Schregenberger Die FDP-Spitze präsentierte ihre Forderungen am Montag als einzige Partei in einer analogen Medienkonferenz. Bild: Keystone .